

Abg. Dooe (Pres. Vpt.) und Heine (Soz.) sehen kein Bedürfnis für eine Novelle. Letzterer will neue Sondergerichte schaffen um das Reichsgericht zu entlasten.
Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.
Es folgt die Verlängerung des Handelsvertrages mit Schweden.
Staatssekretär DeLoré: Der Gelegenheitswurf will den bestehenden Handelsvertrag verlängern bis mit Schweden ein neuer Vertrag abgeschlossen wird. Ich werde die Interessenten zeitig hören, bevor wir in die Verhandlungen eintreten.
Abg. Speck (Zentr.): Der schwedische Handelsvertrag wurde sehr abfällig aufgenommen, diese Urteile haben sich nun auch bestätigt: Der neue schwedische Zolltarif wird uns schwer schädigen. Linke aktive Handelsblauz mit Schweden verwickelt sich stetig und zwar unter dem neuen Handelsvertrag. Schweden erschwert die Ausfuhr ungemein.
Abg. Graf Ranig (kons.) glaubt, daß Deutschland für einen Kampf mit Schweden nicht genügend gerüstet ist.
Abg. Wothelin (Pres. Vortag.) hätte es lieber gesehen, wenn man gar nicht geredet hätte.
Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Ranig (Wirt. Berg.) kommt Erzberger (Zentr.) auf die wichtige Wirkung des bestehenden schwedischen Handelsvertrages zu sprechen, der schwedische Handel nach Deutschland stetig steigt. Für Deutschland ist die Ausfuhr besonders wichtig, da wir für Eisenwaren dort den ersten Platz einnehmen und Bekleidungsgegenstände dort den größten Absatz finden. Im Jahre 1907 aber hat der schwedische Staat mit allen drei großen Erzeugnissen abwärts geschlagen, welche die Ausfuhr von Eisen einschränken und teilweise unmöglich machen. Da liegen verdeckte Ausfuhrverbote vor, die Deutschland schwer schädigen. Der neue schwedische Zolltarif bringt eine neue Schädigung der deutschen Ausfuhr. Vor dem Abschluß des neuen Vertrages sollten die Beteiligten gehört werden. Mit dem Interessenten soll stets Hand in Hand gearbeitet werden. (Beifall.)
Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.
Schluß 1/2 Uhr

Politische Rundschau.

Dresden, den 15. April 1910.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit der Weiterberatung des Eisenbahngesetzes. Die Eisenbahnarbeiter nahmen einen weiten Raum in den Debatten ein. Der Minister versprach, diesen seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nächste Sitzung: Freitag.
Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat einen ergänzenden Paragrafen zur Geschäftsordnung beschlossen. Danach kann im Falle besonders großer, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung der Präsident den Abgeordneten für den Rest des Tages von der Sitzung ausschließen. Auch kann auf Vorschlag des Präsidenten das Haus ohne Besprechung den Abgeordneten bis zur Dauer von sechs, im Wiederholungsfall bis zur Dauer von zwölf Sitzungstagen aus dem Sitzungssaal ausschließen. Gegen den Ordnungsruf oder die Ausschließung kann der Abgeordnete spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch erheben. Das Haus entscheidet schließlich in der nächsten Sitzung, ob der Ordnungsruf oder die Ausschließung gerechtfertigt waren.
Bei der heutigen Reichstagserversammlung für den verstorbenen Reichspräsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode im Wahlkreise Altenstein III wurden 23 737 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Kocha (nat.-lib.) 12 655, auf Krömer (kons.) 10 161 und auf Linde (Soz.) 910 Stimmen; zerplittert waren 11 Stimmen. Kocha ist gewählt.
Schlußkonferenz über die Schiffahrtsabgaben im Bundesrat war für Ende dieser Woche vorgesehen, wurde aber im letzten Augenblick noch vertagt.

Briefe des deutschen Kronprinzen waren vor einigen Tagen Gegenstand der Besprechung in amerikanischen Blättern; sie waren an den Grafen Hans Ferd. Dönhoff, einen Schulkameraden des Kronprinzen, gerichtet und aus Anlaß eines Prozesses des Hofmannes Barues im Gerichtsfall vor dem Staatsgericht zu New York zur Verlesung gebracht. Die deutschen Zeitungen waren so unbedulksam, die in Amerika begangene Unflößigkeit fortzusetzen und den Wortlaut der Briefe ihren Lesern mitzuteilen. Es ist in den Briefen nicht das geringste enthalten, was den Kronprinzen bloßstellen könnte, vielmehr gereichen ihm die darin ausgesprochenen Ansichten nur zur Ehre. Trotz dem war das Vorgehen der deutschen Blätter unpassend. Aus Gründen des Anstandes berichteten wir über diese Privatbriefe nicht. Es scheint, daß Graf Dönhoff aus irgend einem idealen Grunde dem skrupellosen Geschäftsmann Barues die Briefe gezeigt hat. Es ist dies ein Vertrauensbruch, der den höchsten Tadel verdient, und wir begreifen es, daß der Kronprinz die Freundschaft nach dieser Enttäuschung für beendet ansieht.

Protestanten und Katholiken in Süddeutschland. Als Bayern zu Anfang des 19. Jahrhunderts protestantische Landesteile, besonders die ehemals brandenburgischen Länder, in sich aufnahm und sich dadurch von einem rein katholischen zu einem konfessionell gemischten Staate umwandelte, fand selbstverständlich diese Umwandlung nicht gleich das volle Verständnis der Katholiken. Der erste Protestant, ein pfälzischer Weinbändler namens Michel, der sich in München niederlassen wollte, erhielt kein Bürgerrecht und keine Wohnung, so daß König Max I. ihm in der Residenz ein Zimmer anweisen ließ. Das hat sich aber sehr rasch geändert. Die bayerischen Katholiken stehen seit Jahrzehnten vollständig auf dem Boden der Gleichberechtigung der Konfessionen, verstehen es vollständig, daß der Prinzregent in seine nächste Umgebung auch Protestanten zieht, daß stets einige protestantische Minister da sind, und die Protestanten erhalten auch im Landtage unter der viel verurteilten „Zentrumshegemonie“ genau dieselbe Hilfe und Sandreichung vom Staate, wie die Katholiken sie bekommen. In dem Staatshaushalte bekommen sie nach dem Maßstabe ihres Anteiles an der Gesamtbevölkerung dieselben Zuschüsse zu ihren Konfessionsschulen, zu ihren Kirchenbauten, zur Errichtung von Pfarrsprengeln usw. Es wird hier nicht der geringste Unterschied gemacht. Ähnlich ist es in Baden, dessen Bevölkerung auch vorwiegend katholisch ist, und in Oesterreich. Auch in den vorwiegend katholischen Gemeinden dieser Länder bekommen die Protestanten oft über das Maß ihrer Volkszahl hinaus finanzielle und moralische Unterstützung durch die katholische Gemeindevertretung. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um diese finanzielle Unterstützung, sondern die Stimmung der katholischen Bevölkerung begreift diese Unterstützung und würde es als ein Unrecht empfinden, wenn man den Protestanten diese Behandlung auf gleichem Fuße verweigern wollte.

Welch ungeheurer Unterschied gegen die Behandlung der katholischen Minderheiten in Mecklenburg, in Braunschweig und in Sachsen! Während in Bayern protestantische Minderheiten, wo sie sich sammeln oder bilden, auf dem Boden der Gleichberechtigung behandelt werden, beginnt in den oben genannten lutherischen Staaten, wo sich eine katholische Minderheit sammelt, sofort ein engherziges, kleinhändiges Schikanieren und Quälen. Warum findet man denn nur in Deutschland diese Engherzigkeit? fragt Abgeordneter Dr. Jäger und gibt folgende Antwort: In anderen Staaten mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung, mit seit vier Jahrhunderten überlieferter protestantischer Regierung und Tradition hat man längst gelernt, die Katholiken als gleichberechtigt zu behandeln. Ich verweise nur auf England, Holland und Dänemark und die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Welche Kämpfe zwischen den beiden Konfessionen haben besonders in Holland und England stattgefunden! Nur noch wenige Fanatiker dazwischen weisen darauf hin, wenn Katholiken sich niederlassen, Kirchen und Schulen gründen. Die große Masse der protestantischen Bevölkerung und auch der protestantischen Geistlichkeit regt sich nicht mehr auf, wenn Katholiken oder gar Jesuiten im Lande leben. In England und Holland, auch in Dänemark und in den Vereinigten Staaten sind alle katholischen Orden zugelassen, selbst die Jesuiten wirken dort frei, haben einen Teil der Seelsorge, errichten dort Niederlassungen oder sogar Erziehungsanstalten, und nicht das geringste Vorurteil erzählt von einer Störung des konfessionellen Friedens. Nur in einigen lutherischen Staaten des Deutschen Reiches herrscht noch die alte historisch überlieferte Ausschließlichkeit.

Oesterreich-Ungarn.

Der Volksbürgermeister Dr. Lueger soll durch die Erbauung einer Gedächtniskapelle auf dem Löffelchen in Neustadt an der Donau geehrt werden. Der österreichische Bauernbund hat zum dauernden Andenken an das volksfreundliche Wirken des Bürgermeisters die Gedächtniskapelle zu errichten beschlossen. Wir sind der Ansicht, daß diese Gedächtniskapelle ein Wahrzeichen des gesamten österreichischen Bauernstandes sein sollte. Es möge also auch den Oberösterreichern, Salzburgern, Tirolern, Kärntnern und Steirern Gelegenheit gegeben werden, zu diesem schönen Werke von Pietät für einen der größten Männer Oesterreichs ihr Scherflein beizutragen zu können. Gewiß werden sich der Oberösterreichische Bauernbund, die Bauernblünde in Tirol, Salzburg, Steiermark usw. an dieser Ehrung Dr. Luegers gern beteiligen.

Italien.

Expräsident Roosevelt und die italienische Freimaurerei. Wie jetzt der italienische „Groß Orient“ mitteilt, hat Roosevelt bei seiner Ankunft in Rom zum jüdischen Vizebürgermeister Logognonoffi den lebhaftesten Empfang geäußert, persönlich die Häupter der italienischen Freimaurerei kennen zu lernen. Die erschienenen Freimaurer beauftragte er, allen italienischen Freimaurern den Ausdruck seiner blühenden Gesinnung auszudrücken. Er drückte seine Genehmigung aus, einen der angesehensten Freimaurer als Bürgermeister von Rom zu sehen. Er sagte hinzu, daß die ganze Freimaurerei deshalb allen Grund habe, sich zu freuen. Es bereite ihm lebhafteste Befriedigung, den brüderlichen Gruß der italienischen Freimaurer den großen freimaurerischen Familien der Vereinigten Staaten mitteilen zu können. Zum Schluß wurde Expräsident Roosevelt mit einer hohen freimaurerischen Würde beehrt.

Frankreich.

Der Kirchenräuber Duez als Verbündeter der Verwahrlosten. Aus Paris wird uns geschrieben: Es gibt hier nicht wenige Personen, die von Anfang an die Strafverfolgung gegen den Defraudations-Liquidator Duez als Komödie ansahen. Die Regierung brauchte für die Wahlbewegung ein moralisches Mantelchen, das ihr der verhaftete Duez darbieten sollte, wofür ihm jedenfalls insgeheim Straflosigkeit zugesichert wurde. Daß aber schließlich ein solcher Wit dabei herauskommen würde, hatte man doch kaum erwartet. Jetzt soll der Millionendieb Duez, der in allen Kreisen der Verwaltung bis zum Oberstaatsanwalt und zum Justizminister, seine Mitwisser, Helfer und Mitkündige hat, als der Vertrauensmann der von ihm beantragten geistlichen Orden hingestellt werden und damit die ganze freimaurerische Betrügergesellschaft entlasten. Und dabei handelt es sich um längst bekannte Sachen. Schon vor anderthalb Jahren hat der Abgeordnete Le Breton oftgemüht bekannt gegeben, in welcher Weise Duez an den geistlichen Gesellschaften die schamlosesten Erpressungen verübt hat. Der faubere Herr Liquidator ließ durch seine Helfershelfer einfach die Gesellschaften davon benachrichtigen, daß er unter Umständen bereit sei, den Gesellschaften das Eigentum zu lassen, wenn sie direkt oder indirekt ihm und seinen Gehilfen eine bedeutende Loskaufsumme bezahlen wollten. Daß die Gesellschaften in einzelnen Fällen hierauf eingingen, kann ihnen gewiß niemand übel nehmen. Raub war das Vorgehen Duez in jedem Falle; ob er nun „liquidierte“ oder ob er ein „Löffel“ erpreßte. Wenn dabei einzelne Gesellschaften den Raub ihres halben Besitzes der völligen Entblößung vorzogen, so war dies ihr Recht. Dadurch wird jedoch das Vorgehen der französischen Regierung nicht um ein Haar entschuldbarer.

Griechenland.

Die griechische Regierung richtete an Frankreich das Ersuchen, ihr einen General und vier höhere Offiziere zum Zwecke der Reorganisation ihrer Armee zur Verfügung zu stellen.

Nordamerika.

Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat eine Vorlage mit 120 gegen 76 Stimmen angenommen, nach der Roosevelt ähnlich wie seinerzeit dem Präsidenten Grant zum Belohnen der Dankbarkeit der Nation Portofreiheit im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten bewilligt werden soll. Ein großer Teil der Republikaner ist mit Tasts Amtsführung unzufrieden und sehnt Roosevelts zurück.

Sächsischer Landtag.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Dresden, den 15. April 1910.
Die Zweite Kammer trat heute vormittag 1/2 10 Uhr zu einer sehr kurzen Sitzung in Gegenwart der Staats-

minister Dr. von Rüger und Dr. von Ditto zusammen. Auf der Tagesordnung stand nur die allgemeine Vorberatung über das königliche Dekret Nr. 29, betreffend einen zweiten Nachtrag zu dem ordentlichen Staatshaushaltsetat auf die Finanzperiode 1908/09 und einen weiteren Nachtrag zu dem Finanzgesetze auf die Jahre 1908 und 1909.
Abg. Dr. Sähnel (kons.) beantragte die Verwerfung des Dekrets an die Finanzdeputation A. Die Kammer beschloß einstimmig demgemäß.
Nächste Sitzung: Montag den 18. April, nachmittags 6 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen der Wahlen der Abg. Günther (Blauen), Kodel (8. ländl.), Demmler (17. städt.), Heymann (33. ländl.), Beda (8. städt.), Wappler (2. städt.) und Knobloch (3. städt.). Die Abteilungen der Zweiten Kammer beantragen in allen Fällen, die Wahlen für gültig zu erklären.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 15. April 1910.

Der Landesvorstand der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen hielt kürzlich in Dresden eine Sitzung ab, in welcher die Schaffung eines Submissionsamtes für Sachsen beraten wurde. Die Versammlung nahm Kenntnis von einer Denkschrift, in welcher die Gründe für die Schaffung eines solchen Amtes erörtert werden. Durch dasselbe soll in das öffentliche Submissionswesen praktisch eingegriffen werden, um dem Kleingewerbe zu derjenigen Arbeit zu verhelfen, die ihm bisher verloren gegangen ist. Ferner soll das neue Submissionsamt auch zur Erleichterung des gemeinsamen Einkaufs von Rohmaterialien, zur Auskunftserteilung und zur Verämpfung von Schäden im Submissionswesen dienen. Der im September in Dresden zusammentretende Mittelstandstag wird sich weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 15. April: Vom Ostberg: Milder Sonnen-Unter- und Aufgang, G. m. m. f. orange. Vom Fichtelberg: Schwache Schneedecke bis 1000 Meter herab, glänzender Sonnen-Unter- und Aufgang, Abend- und Morgenrot.
Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 15. April: Stürmische Stürme, veränderliche Bewölkung, etwas kälter, vorübergehend leichte Niederschläge.

Se. Majestät der König empfing vormittags die Herren Staatsminister und den Kabinettssekretär zu Vorträgen.

Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg beschäftigte gestern in der Galerie Ernst Arnold die Ausstellung der Münchener Künstler.

Der Kriegsminister Freiherr v. Hausen will zum Kurzgebrauch in Karlsbad.

Einem Bild in die Internationale Motorboot- und Luftschiffahrt-Ausstellung in Berlin gewährt unsere heutige illustrierte Unterhaltungsbeilage: Die Zeit in Wort und Bild. Von Tagesereignissen bietet sie dem Leser zur Jerusalemreise des Prinzenpaars Titel Friedrich eine schöne Abbildung der neuen Kirche „Mariä Heimgang“ auf dem Berge Zion in Jerusalem. Von den anderen Illustrationen sei, außer dem seltenen Schlachtenbild, welches dem Husitenführer Jizka errichtet worden ist, nichts verraten. Die mit Spannung erwartete Fortsetzung des Romans „Requies“ und die der Reisekizzen „Auf der Walz nach Wien“ bilden den unterhaltenden Teil. Die illustrierte Unterhaltungsbeilage kostet monatlich mit Ausgabe A unserer Sächs. Volkszeitung bezogen, durch Voten ins Haus gebracht 80 Pf., und durch die Post zugesandt 84 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk. bzw. 2,52 Mk.

Die Dresdener Kaufmannschaft hatte einen Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für die Erbauung eines Schul-, Verwaltungs- und Geschäftsgebäudes ausgeschrieben. Es waren hierzu acht Entwürfe eingegangen. Den ersten Preis in Höhe von 2000 Mk. erhielten die Architekten Professor William Löffow und Max Hans Kühne in Dresden; den zweiten Preis in Höhe von 1500 Mk. bekam Architekt Oskar Rengel-Dresden und den dritten Preis in Höhe von 1000 Mk. Baurat Professor Tschermann ebenfalls in Dresden.

Zwinger und Schauspielhaus. Dr. Gabriel von Seidl, der als Architekt am Preisgericht für Erbauung eines neuen Schauspielhauses an der Ostrafallee beteiligt war, wendet sich in einer Veröffentlichung gegen den Schauspielhausbau auf dem in Aussicht genommenen Plage hinter dem berühmten Zwinger und ist der Ansicht, daß der Neubau des Schauspielhauses das Bild des Zwingers, dessen Silhouette eine ganz einzige Wirkung auf jeden Beschauer ausübt, in einem sehr starken Maße ändern wird. Das Bühnenhaus soll eine Höhe von 30 oder 40 Metern bei etwa 30 Meter Breite erhalten. Aus theatertechnischen Gründen sei dieselbe gewiß motiviert und sie bedeute eine interessante Neuerung im Bühnenwesen. Aber die Wirkung auf den Zwinger würde eine niedererschlagende sein.

„Schauspiele der Erde.“ Es ist ein außerordentlicher Erfolg der ersten Reihe dieser Vorführungen des Vereins „Bild und Wort“, daß nun auch die Herren Stadtschulräte Dr. Gaebler und Professor Dr. Lyon dem Sonderauschusse für die Fortführung dieser Auführungen beigetreten sind mit der Absicht, den Besuch dieser Vorstellungen durch Schüler der hiesigen Lehranstalten zu befürworten und betreffs Rubrikmachung der Kinematographie für den Unterricht mit dem Verein in Fühlung zu bleiben. Die Anzeigen betreffs Fortsetzung der Vorstellungen erscheinen schon dieser Tage, da der nötige neue Garantiefonds in kürzester Frist, besonders aus Kreisen der hiesigen Finanzwelt sowie aus städtischen Mitteln wesentlich gefördert wurde. (Geschäftsstelle: Kampffestraße 1.)

Zirkus Angelo. Sonnabend den 16. April wechselt zum größten Teile das Programm im Zirkus Angelo am Münchener Plage. Außer neuen Freiheitsdresuren und neuen Schulpferden sind von der Direktion Steiners Ripulpanerakrobat als Attraktionsnummer verpflichtet worden. Die berühmte Roeberttruppe ist auf besonderes Verlangen des Dresdner Publikums für weitere acht Tage gewonnen. Im Anzeigenteile des heutigen Blattes kündigt die Direktion die Namen der bisher ange-